

GSO 2015

GLOBAL SPACE ODYSSEY

11.07.

NIEMAND HAT
DIE ABSICHT
LUXUS-LOFTS
ZU ERRICHTEN.

KWEL-PROJEKT
UND FORTFÜHRUNG DER VOLLSTÄNDIGEN

BLEIBERECHT AUF STADT



BLEIBERECHT AUF STADT

(Aufruf zur GSO 2015)

„Wir sind jetzt 550 000.“ titelte das Lokalblatt jüngst. Und was jetzt? Zwischen stolz geschwellter Brust und enger Schnappatmung ist mensch Teil dieser Stadt. Egal wo mensch hinschaut, der Hype bringt Bewegung. Selbst die letzte Wohnung wird saniert, Galerien werden zu Hotelfoyers, Brachen zugebaut – vorzugsweise monoton, funktional und so schnell und ertragreich wie möglich. Bunter, heterogener und ideeller Reichtum verwandelt sich in die Ware „urban lifestyle“. Wo einst Freiraum blühte, tragen jetzt Spekulationsgeschäfte ihre Früchte. So schön wie ein Baum mit all seinen Verzweigungen ist diese Stadt gewachsen – genau wie der Dichter es beschrieb. Doch ein solcher Baum braucht eine freie Form der Entfaltung, um atmen zu können und dem Licht entgegen zu streben! Wer wo und wie leben darf, wird seit Jahren zunehmend zu einer Frage des Kontostands, wenn nicht gar der Ausweisepapiere.

Die Entwicklung ist nicht neu und Leipzig keine Insel der Glückseligen. Doch immer Besorgnis erregender sind die Auswirkungen zu spüren: Entmietungen im Süden, Wächterhäuser zu Luxusapartments, in Schleußig das letzte unsanierte Haus ... Die Karawane zieht vom Süden in den Westen, vom Westen in den Osten – doch wo wird das Viertel sein, wo die Leute wohnen bleiben dürfen, ohne dass sich ihr eigener Lebensstil und kreative Schaffenskraft am Ende gegen sie richtet?

Eine Stadt wie Leipzig lebt von

der Lebendigkeit, von der Durchmischung und der kulturellen Vielfalt in ihren Straßen.

Doch wo die letzte Künstlerin, der letzte Zufluchtsuchende und die letzte junge Familie verdrängt werden, wo bleibt da die Lebendigkeit? Wenn alles steril saniert wurde und bauklotzartig zusammengewürfelte Stadthäuser das Bild bestimmen, wo bleibt da die Durchmischung? Wenn Kunstschaffende sich die Miete ihres Ateliers nicht mehr leisten können, wo bleibt da die kulturelle Vielfalt?

Am Ende bleibt von dieser lebenden Stadt nichts als gährende Langeweile. Und genau die droht, wenn Kulturschaffende zu Gunsten von Luxus-sanierungen verdrängt werden, wenn es kein Bleiberecht auf Stadt gibt. Wollen wir es dazu kommen lassen? Wir sagen laut und deutlich: "Nein!" Statt Luxus-sanierungen fordern wir, dass sich Leipzig weiterhin den Luxus des

Unperfekten leistet! Wo kulturelle Freiräume aufgeblüht sind, müssen sie geschützt werden und dürfen nicht als Werteinheit für Spekulationen dienen! Wir möchten, dass in jedem Stadtteil genug bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen bleibt und auch Geflüchtete überall willkommen sind und bleiben dürfen!

Wir möchten nicht nur absichern, was vorhanden ist. Räume sollen weiterhin mit Phantasie gestaltet werden und nicht mit Geld. Wir wollen, dass Möglichkeiten erhalten werden, diese Stadt gemeinsam und freier zu gestalten, statt sie einigen wenigen Investor_innen zu überlassen. Die Entwicklung Leipzigs ist nicht aufzuhalten, was wir natürlich auch nicht wollen, aber sie ist denkbar und lenkbar. Mitbestimmung dabei ist unser Recht und unser Mittel. Die Stadt sind wir und nicht das Diktat des Geldbeutels.

DARUM:

MACHE MIT, MISCH DICH EIN,
BESTIMME DEINE STADT.
GANZ GLEICH OB (VON
ENTMIETUNG) BETROFFENE,
GEFLÜCHTETE ODER SICH
SOLIDARISIERENDE LADEN WIR
EUCH AM 11. JULI 2015 ZUR
DIESJÄHRIGEN GSO EIN.

AUCH IN LEIPZIG...

Dieses Jahr feiert Leipzig sich selbst: Zumindest ist das das Vorhaben der Stadtverwaltung. Diese nimmt die Erwähnung des Orts urbe libzi von Bischof Thietmar von Merseburg in seiner Chronik von 1015 zum Anlass für eine erneute Image-Kampagne. "1000 Jahre Leipzig, das sind 1000 Jahre herausragende wirtschaftliche, kulturelle und bürgerliche Tradition" wird in der Ankündigung zum Jubeljahr selbstbewusst geschrieben. Hier wird schnell klar, dass sich die Image-Kampagne "1000 Jahre Leipzig" nahtlos in die Einzigartigkeits-Rhetorik einreihet, die nun seit einigen Jahren durch Leipzigs Straßen geistert und mit "Hypezig" auch schon einen eigenen Namen bekommen hat. Doch diese Rhetorik versucht nur, die Sonnenseiten der Heldenstadt hervorzuheben und verkennet, dass auch in Leipzig Ausgrenzung und Verdrängung Alltag sind und nicht alle vom Hype um Leipzig profitieren.

Leipzig – ein Freiraumparadies?

Dabei sah es in der Zeit nach '89 eher so aus, als würde sich eine gänzlich andere als die im Jahr 2015 so hochgelobte herausragende Stadtgeschichte anbahnen: Massive Deindustrialisierung und Privatisierung führten zu enormer Abwanderung. Leerstand und die billigen Mieten waren die Folge. Somit wurde Leipzig zu einem Ort für viele, die nach preiswertem und gestaltbarem (Wohn)Raum suchten.

ICH WÜNSCHE MIR EINE
GRÜNE STADT, WO DIE KINDER
GEFAHRLOS TOBEN KÖNNEN.
ICH MÖCHTE EINE STADT OHNE
TIEFGARAGEN, WO DIE ZAHN-
ÄRZTE UND IMMOBILIENHAIE
IHRE PORSCHE VERSTECKEN.
UND ICH WILL EINE BUNTE
STADT, WO VIELE KULTUREN
MITEINANDER LEBEN UND
FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN
SIND, DENN SIE BEREICHERN
UNSER LEBEN.
[ABO ALSLEBEN]

Doch diese Zeiten sind vorbei! Seit gut 10 Jahren wächst die Stadt kontinuierlich. Mit einem Bevölkerungszuwachs von mehr als 2% jährlich gehört Leipzig momentan zu den am schnellsten wachsenden Städten in der BRD. Mehr noch: diese Hypezig-Erzählung, diese Erzählung vom gestaltbaren Freiraumparadies der Nachwendezeit, vergisst, dass sich die Freiräume nicht einfach so gestalten ließen. Der Kampf um das Autonome Zentrum Conne Island in Connewitz in den 1990ern ist ein Beispiel dafür, dass es zwar gestaltbaren (Wohn)Raum gab, dieser sich allerdings mühselig erkämpft werden musste. Hinzu kommt, dass diese Erzählung außer Acht lässt, dass die Postwendezeit für viele Leipziger_innen der Auftakt in ein extrem prekäres Leben war: Ohne Arbeitsplatz, ohne Perspektive. So verwundert es auch kaum, dass Anfang der 1990er Jahre auch Leipzig Schauplatz für die rassistische Pogromstimmung war, die 1991 in dem Angriff auf eine Asylunterkunft in Grünau gipfelte. Auf eine antirassistische Antwort musste damals vergeblich gewartet werden. Vielmehr traf der Angriff auf breite Zustimmung bei den Anwohner_innen. Dieser u. a. aus prekären Lebensverhältnissen emporsteigende Rassismus fand auch Anfang 2015 wieder seinen Weg auf die Straßen Leipzigs, verkörpert durch regelmäßigen Legida-Demonstrationen.

All dies findet in der Hypezig-Erzählung, der sich die Stadt so gerne bedient, keine Beachtung. Der Blick auf das Programm und die Ankündigungstexte des Stadtgeburtstags lässt vielmehr noch die Vermutung zu, dass die unbequemen Aspekte der Stadtgeschichte bewusst ausgespart werden. Das Image der weltoffenen, kreativen und aufstrebenden Stadt soll weiter aufgepoliert und auf der Hypezig-Welle geschwommen werden. In diesem Kontext werden gerade die unmenschlichen Lebensrealitäten

der Ausgegrenzten diskursiv in die Unsichtbarkeit gedrängt – in der wagen Hoffnung, sie mögen dort verweilen. Wenn wir aber ein Leipzig für alle wollen und kein Hypezig für wenige, dann müssen wir unseren Blick auf die Ausgegrenzten, die Unsichtbaren dieser Stadt werfen, die die Probleme der aktuellen Stadtentwicklung sichtbar machen.

Die unsichtbaren Seiten Hypezigs

Eine dieser aktuell unsichtbaren Seiten Hypezigs ist z. B. die massive Armut, die Leipzig 2012 sogar den unrühmlichen Titel der "Armuthauptstadt" einbrachte. Auch wenn Dortmund Leipzig diesen Titel mittlerweile abgenommen hat: An der Situation hier hat sich nicht viel geändert. Auch im Jahr 2015 leben mehr als ein Viertel der Stadtbevölkerung unter der Armutsgrenze, prekäre Beschäftigungsverhältnisse machen einen immer größeren Anteil der sozialversicherungspflichtigen Jobs aus. Kurz: Prekäre, also unsichere, Lebensverhältnisse sind für viele Leipziger_innen Alltag. Es sind gerade die Armen, die am meisten unter den Auswirkungen der städtischen Imagepolitik leiden. Besonders deutlich wird dies an der Wohnungsfrage. Wo sich die einen an der Kreativität und Weltoffenheit der Heldenstadt erfreuen, sind besonders die armen Menschen mit Verdrängung konfrontiert. Denn mit dem Hype, der durch das Jubeljahr 2015 von städtischer Seite noch weiter befeuert wird, kommt auch die ökonomische Aufwertung. Gerade in Krisenzeiten sind (internationale) Investor_innen auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Immobilien in der aufstrebenden Ostmetropole kommen da gerade Recht. Und tatsächlich lässt sich

gerade jetzt beobachten, wie an allen Ecken der Stadt investiert wird: Es ist kaum eine Straße zu finden, in der nicht gebaut, luxussaniert oder modernisiert wird. Resultat dieser Dynamik sind steigende Mieten – und zwar im gesamten Stadtgebiet. Wohnraum wird immer mehr zur Ware, zum Anlageobjekt auf der Suche nach der optimalen Renditeaussicht.

Alles in allem zeigt das: Auch in Leipzig findet Gentrifizierung, also die systematische Verdrängung bestimmter Bevölkerungsgruppen aus den Vierteln, statt. Mieter_innen geraten zunehmend unter Druck, weil sie sich die durch Luxussanierungen extrem ansteigenden Mieten nicht mehr leisten können. Sie müssen ausziehen und den Mieter_innen weichen, die das nötige Kleingeld für eine Wohnung in Hypezig mitbringen.

Besonders die armen Menschen in Leipzig sind von dieser Gentrifizierungsdynamik betroffen. Das zeigt sich an der Wohnsituation von Hartz-IV-Empfänger_innen sehr eindrücklich. Die "Kosten der Unterkunft" (KdU), die vom Amt für die Kaltmiete übernommen werden, betragen in Leipzig 4,6 €/m². Bei einer im gesamten Stadtgebiet durchschnittlichen Kaltmiete von 6 €/m² wird schnell klar, dass es für Erwerbslose unglaublich schwierig ist, eine Bleibe zu finden, die von den KdU-Sätzen zu bezahlen ist. In Vierteln wie Lindenau, das noch vor einigen Jahren ein Ort war, an dem viele Hartz-IV-Empfänger_innen wohnten und den Stadtteil prägten, sind die Mieten in den letzten Jahren massiv angestiegen. Mittlerweile betragen die Kaltmieten der angebotenen Wohnungen 6,31 €/m² (Quelle: eigene Auswertung von Online-Inseraten auf den einschlägigen Websites). Für Menschen, die auf KdU angewiesen sind, ist es hier kaum noch möglich, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Sie werden gezwungen, das Viertel zu verlassen und in weniger attraktive Gegenden am Stadtrand zu ziehen, weit weg von ihrem sozialen Umfeld.

Gentrifizierung betrifft alle!

Aber nicht nur die Ärmsten sind von steigenden Mieten betroffen. Die Entwicklungen rund um die Karl-Heine-Straße in den letzten Jahren zeigen, dass Läden, die lange das Bild der Straße prägten – wie der Underground Musikladen – verdrängt werden. Gerade auf dieser Straße wird klar, dass die Zeiten der Selbstgestaltung längst vorbei sind und den Renditeaussichten der Immobilienbesitzer_innen weichen mussten.

Auch die Auseinandersetzung um die Wohnungen in der Holbeinstraße 28a, die in den letzten Jahren immer wieder in der Presse diskutiert wurde, zeigt, dass prinzipiell alle Mieter_innen von Gentrifizierung betroffen sein können. Nachdem die KSW (ein Immobilieninvestor, der in ganz Leipzig Wohnungen besitzt) das Haus in der Holbeinstraße kaufte, versuchte sie mit jeder erdenklichen Schikane die Bewohner_innen zum Auszug zu drängen. Trotz Widerstands und Protesten mussten die Mieter_innen Anfang 2015 für die lukrativen Profitaussichten der KSW Platz machen.

Schließlich zeigt der zunehmende Druck, den die Stadt auf verschiedene Wagenplätze in Leipzig ausübt, dass langfristig etablierte, aber eben auch unbequeme Freiräume verschwinden sollen.

All das macht deutlich: Wir haben es mit einem strukturellen Problem zu tun. Der auf die maximale Rendite ausgerichtete Wohnungsmarkt

produziert keine preiswerten Wohnungen, sondern lediglich steigende Mieten, die schon jetzt für viele Leipziger_innen kaum noch bezahlbar sind. Darüber hinaus verschwinden Freiräume.

Auch wenn es den Verantwortlichen der "1000 Jahre Leipzig"-Kampagne wohl nicht in den Kram passt, ist doch klar: Leipzig ist kein Beispiel herausragender Stadtgeschichte, sondern einfach nur kapitalistische Normalität. Bezahl- und gestaltbare (Wohn)Räume müssen Renditeinteressen weichen und ehemals als Freiräume dienende Orte werden zu Verböten der Verwertung ganzer Straßenzüge.

Ausgrenzung, wie der Rassismus der Legida-Aufmärsche, sind Alltag. Und in diesem Kontext, vor dieser Situation in Leipzig, fällt der Stadt nichts anderes ein, als ein weiteres Loblied auf Leipzig zu singen, sich für die interurbane Konkurrenz um Investitionen zu rüsten und damit die systematische Verdrängung vieler Menschen weiter voranzutreiben.

Es gibt eine Alternative!

Die Lage mag hoffnungslos erscheinen. Aber ein anderer Weg als zunehmende Gentrifizierung und Ausgrenzung ist möglich. Aber letztendlich kann diesen Dynamiken nur eine grundlegende Veränderung etwas entgegensetzen. Wohnraum muss umfassend dem Markt entzogen, im großen Stil vergesellschaftet werden.

Die unzähligen Hausprojekte, die gerade in Leipzig entstehen, Hausgemeinschaften, die dem Beispiel der Holbeinstraße 28a folgen

und sich gemeinsam den Rendite-Interessen ihrer Hausbesitzer_innen in den Weg stellen – all das sind Ansätze, diese Alternative jenseits von Verdrängung zu erkämpfen. Aber diese Ansätze reichen nicht aus für einen grundlegenden Kurswechsel. Denn eines hat sich in den letzten 25 Jahren nicht verändert: Wenn wir Leipzig gestalten wollen, wenn wir wollen, dass Leipzig ein Ort für alle ist, dann müssen wir uns zusammen tun und gemeinsam dafür kämpfen.

<http://prisma.blogsport.de>

[Prisma – Interventionistische Linke Leipzig]



DIE GEISTER, DIE WIR RIEFEN

Galt Leipzig in den 1990er Jahren noch als Boomtown des Ostens, waren die Jahre nach dem Millennium hart für die Stadt. Weltweit musste Leipzig als Beispiel der „shrinking city“ erhalten, zehntausende Wohnungen standen leer und immer mehr Menschen zogen ins grüne Umland oder gleich nach Süddeutschland. In dieser Zeit wurde in Leipzig fieberhaft überlegt, wie sich die Schrumpfung gestalten oder der Trend vielleicht sogar umkehren lassen könnte.

Ideen wie die Wächterhäuser entstanden in diesen Jahren, um marode Gebäude vor dem Abriss zu retten. Indes schaffte der Leerstand neue Möglichkeiten für Kulturschaffende: Dank der Verfügbarkeit preiswerter Räume hatte Leipzig Ende der Nuller Jahre zahlreiche Off-Locations. Insbesondere im Leipziger Westen wurden zuvor leerstehende Räume als Galerien, Clubs und Ateliers genutzt. Die Dynamik erinnerte fast schon an die wilden Jahre nach der Wende in Connewitz ...

Aber so ein bisschen waren wir enttäuscht davon, dass von diesem neuen Charme Leipzigs anderswo niemand so richtig Notiz nahm. Stattdessen wollten alle immer nur ins zwar genauso arme aber immerhin offiziell sexy Berlin. Wie jubelten wir, als die New York Times – für viele überraschend – Leipzig für das Jahr 2010 als „place to be“ bezeichnete und auf die in den neu entstandenen Räumen inzwischen tätigen Kreativen anhub. Was mit der Times begann, setzte sich mit beinahe jeder anderen halbwegs renommierten Zeitung fort, die Leipzig mal als „Disneyland des

Unperfekten“ (FAZ) oder gar als „neues Berlin“ bezeichneten. Schvoll unsere Brust anfangs mit jedem Artikel immer breiter an, so merkten wir auch auf einmal, dass die Aufmerksamkeit für das kreative Schaffen Leipziger DJs und Veranstaltungscrews, Künstler_innen und anderen auch dazu führte, dass sich Investoren für das preislich damals vollkommen unterbewertete Leipzig interessierten. Später durch die Finanz- und Eurokrise noch verstärkt, setzte ein Run auf die noch vor wenigen Jahren fast schon abgeschriebenen Gründerzeithäuser an, der bis heute immer mehr Dynamik gewinnt.

Freuten wir uns anfangs darüber, dass nun Hausruinen wieder instand gesetzt wurden, entstanden mit der Zeit immer mehr Konflikte. Waren es die Kreativen, deren Treiben eigentlich der Grund für den Umzug in den Leipziger Westen war, sah das mit der nächtlichen Lautstärke auf einmal ganz anders aus. Zu den bekanntesten Opfern zählte das Superkronik. Aber auch andernorts wurden neue Begehrlichkeiten geweckt. Wäre der Protest nicht so vehement gewesen, wäre auch die zweite Distillery bereits Geschichte.

Leipzigs Kulturszene genießt inzwischen überregional einen ausgezeichneten Ruf. Tourist_innen kommen längst nicht nur wegen Bach und Thomaskirche sondern vor allem die Jüngeren eher wegen der lebendigen Clubszene. Doch auch Investor_innen muss klar gemacht werden, dass die Attraktivität Leipzigs nicht nur vom Auwald und Neuseenland sondern auch von der Lebendigkeit der hiesigen Kultur- und Clubszene abhängt. Wenn jetzt nicht engagiert gegengesteuert wird und in den letzten Jahren selbst geschaffene Freiräume zu Gunsten

von Luxussanierung aufgegeben werden müssen, wird davon schon bald nicht mehr viel zu sehen und hören sein.

Wir fordern daher von der Stadtverwaltung bzw. vom Stadtrat, alle zur Verfügung stehenden Mittel zu nutzen, um Freiräume vor den Begehrlichkeiten von Investor_innen zu schützen und kreative Milieus zu bewahren.

Dies kann u. a. durch kommunale Immobilien, Ausweisung von Mischgebieten (wo im Gegensatz zu reinen Wohngebieten durchaus auch mal nachts mehr als nur das Rufen der Eulen zu hören sein darf) und gezielter Ansprache von Investor_innen geschehen. Die Möglichkeiten sind durchaus da – sie müssen aber politisch gewollt und auch umgesetzt werden. Dazu bedarf es mehr Mut und Engagement als bislang!

[FT]



BUNT, LAUT, WELTOFFEN
DURCH DIE GEGEND LAUFEN,
LINKS EIN WAGENPLATZ,
RECHTS BUNTE BAULÜCKEN
UND IM HINTERGRUND IMMER
IRGENDWO MUSIK. [4ROOMS]

VON DER FORDERUNG EINES "RECHTS AUF STADT" ZUR ETABLIERUNG EINER "RECHT AUF STADT"- BEWEGUNG IN LEIPZIG

Die Stadt ist der Ort unseres alltäglichen Zusammenlebens; der Ort, in dem unsere Begegnungen stattfinden, indem wir unsere Beziehungen knüpfen, uns organisieren und unsere Utopien entwickeln. Nach diesem Verständnis bleibt die Artikulation des „Rechts auf Stadt“ nicht bei der Forderung nach günstigem Wohnraum oder weniger Privatisierungen stehen, sondern muss darüber hinausgehen. Das „Recht auf Stadt“ zielt auf das Recht zur umfassenden Gestaltung der gemeinsamen Beziehungen, auf die Beteiligung der (bisher) Ausgeschlossenen, neue Formen des Erfahrungsaustauschs und der Bildung des Gemeinsamen ab – und grundsätzlich auf die Möglichkeit, unser Leben jenseits von Verwertungszwängen zu organisieren. In der politischen Praxis muss ein Mittelweg zwischen realpolitischen Forderungen und Forderungen, die über die kapitalistische Stadt als Lebensort hinausweisen, gefunden werden: Denn solange das Wohnen eine marktvermittelte Ware ist und

die Stadt ein Feld für Investitionen darstellt, wird es zu Phänomenen wie Ausschluss und Verdrängung in ihr kommen. Dennoch ist es stets sinnvoll, auch in unserer Perspektive realpolitische Forderungen zu stellen, weil ihre Erfüllung das konkrete Leid der Stadtbewohner_innen – zumindest vorübergehend – lindert und etwas Besseres als die jetzige Situation durch sie aufscheint.

Es zeigt sich: (a) Angesichts steigender Mieten, durch die einkommensschwache Gruppen aus ihren Vierteln und an den Rand der Stadt gedrängt werden, (b) angesichts von Investor_innen, für die das Bedürfnis nach Wohnraum zum Mittel für die Realisierung der eigenen Renditeerwartungen wird, (c) angesichts der Aufwertung von Vierteln, durch die die Spielräume für nichtkommerzielle Initiativen und Formen des gemeinsamen Zusammenlebens zusehends schrumpfen, (d) angesichts der Ausrufung von Gefahrengebieten, die ganze Straßenzüge zu Problemzonen erklärt und so polizeiliche Repressionen gegen ihre Bewohner_innen rechtfertigt und (e) angesichts einer Stadtpolitik, die sich ganz auf das Leitbild einer unternehmerischen Stadt ausrichtet und danach strebt, für Investoren attraktiv zu sein, sind die Kämpfe für ein „Recht auf Stadt“ in Leipzig noch unzureichend entwickelt.

Dennoch gibt es in Leipzig bereits mehrere Einzelpersonen, Initiativen und politische Gruppen, die bewusst oder (noch) unwissentlich ihr „Recht auf Stadt“ einfordern, oder sich gegen die Lebensform der unternehmerischen Stadt organisieren. Auf ihr Engagement kann aufgebaut werden. Der Ausgangspunkt des urbanen Widerstands ist die konkrete Lebenssituation, das heißt die Nachbarschaft. So haben sich Bewohner_innen in

einigen Vierteln zu Initiativen – teilweise auch ohne eine linke Szene-zugehörigkeit, wie in Anger-Crottendorf – als Reaktion auf Gentrifizierungstendenzen und drohende steigende Mieten zusammengefunden. Des Weiteren versuchen Ladenprojekte, wie beispielsweise das zweijeck, Orte der Selbstorganisation der Nachbarschaft zu sein.

In den studentischeren Vierteln Leipzigs gibt es eine vielfältige Anzahl von Ladenprojekten wie Infoläden, Kulturprojekte, selbstverwaltete Bildungsangebote, offenen Voküs, uvm.. Diese Läden bieten in unterschiedlichen Bereichen Möglichkeiten einer Organisation des Lebens jenseits der Zwänge kapitalistischer Verwertungslogik und der unternehmerischen Stadt. Ihre Existenz ist aber ständig umkämpft, spätestens sobald das Viertel interessant für Investor_innen wird. In den weniger links-alternativen oder studentisch geprägten Vierteln gibt es bisher viel zu wenige solcher Initiativen, weswegen sie alleine nicht ausreichen, um Ideen einer anderen Stadt zu verwirklichen. Neben diesen Stadtteilinitiativen gibt es auch stadtübergreifende Gruppen wie Stadt für Alle, welche sich in die politische Debatte der lokalen Tagespolitik einmischt, sowie das Anti-Verdrängungs-Bündnis now_here (die Autor_innen dieses Textes), oder die Organisationsgruppe der GSO, welche die Forderung nach Freiräumen durch die jährlich stattfindende Demonstration politisiert hat. So gibt es schon Ansätze die einzelnen Kämpfe in einen größeren Zusammenhang zu stellen, dennoch kann noch nicht von einer „Recht auf Stadt“-Bewegung gesprochen werden.

Die bestehenden Zusammenschlüsse sind noch nicht in der Lage, den oben genannten Entwicklungen mit der notwendigen Gegenmacht zu

begegnen. Um bezahlbaren Wohnraum für alle zu erkämpfen, muss es uns gelingen, die klassischen Szenegrenzen zu verlassen, von Verdrängung und Aufwertung betroffene Mieter_innen zu vernetzen und die zu organisieren, die, wie Erwerbslose, Geflüchtete oder Wohnungslose, in den offiziellen stadtpolitischen Diskursen nicht repräsentiert werden. So wollen wir abschließend einige Hinweise für eine Praxis nach diesem Verständnis geben. Zunächst halten wir die Demonstration auf der Straße als Praxisform für wichtig. Auch wenn wir ihnen eher eine symbolische Funktion zuschreiben. Dies können zum einen Solidemonstrationen für einzelne von Gentrifizierung betroffene Häuser sein gegen, Entmietungsprozesse von Wohnhäusern (so bspw. veranstalteten die Bewohner_innen der Holbeinstraße 28a eine Demonstration zum Unternehmenssitz der für die Entmietung verantwortlichen KSW) und Verdrängungsprozessen von Freiräumen oder Wagenplätzen, zum anderen Proteste gegen die Stadtpolitik. Durch Demonstrationen erhalten die Betroffenen eine mediale Aufmerksamkeit, da Problematiken und einzelne stadtpolitische Kämpfe sichtbar werden.

Deshalb ist eine gute Medienarbeit in diesem Kontext sehr wichtig. Es kann darum gehen, konkrete Praxen der Gentrifizierungsakteure zu skandalisieren oder positive Forderungen zu stellen. Des Weiteren können in der Vor- und Nachbereitung solcher Demonstrationen längerfristige Vernetzungszusammenhänge entstehen, in denen Menschen aus verschiedenen Betroffenheitssituationen zusammenkommen. Es gibt auch andere Formen, um auf die Gentrifizierung aufmerksam zu machen, die weniger Aufwand als eine Demonstration bedeuten, bspw. Aufklärungsarbeit wie Infoveranstaltungen und -flyer über die eigene

Verdrängungs- und Ausschlussverfahren, oder Flashmobs bei städtischen Events. Bei letzterem ist es auch wichtig das Event und die Aktion so auszuwählen, dass sie medial bemerkbar werden.

Gentrifizierungsakteure, wie die Stadtverwaltung und vor allem die Immobilienfirmen, fürchten nichts mehr als ein negatives Image für das Investitionsobjekt Leipzig und das eigene Unternehmen.

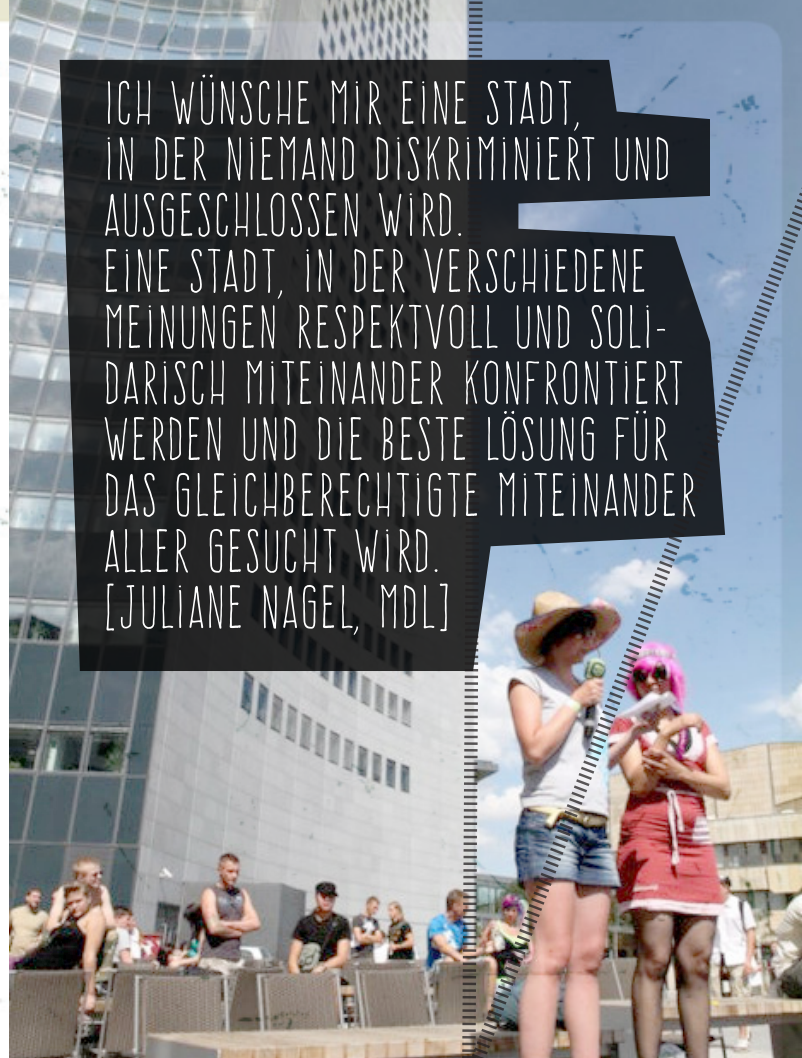
Gegen den Willen einer wehrhaften Stadtbevölkerung ist es schwerer, eine unternehmerische Politik durchzusetzen. Die Bedingung für jede gentrifizierungskritische Praxis ist aber immer eine Selbstorganisation der Betroffenen im Vorfeld. Es ist wichtig, dass sich die Bewohner_innen von Häusern in gentrifizierungsbedrohten Vierteln regelmässig über aktuelle Entwicklungen austauschen, bspw. Eigentümer_innenwechsel bei der bewohnten Immobilie oder angekündigte Sanierungen.

Es ist genauso wichtig, dass sich Gruppen, die permanent Betroffene der Verdrängungsprozesse sind, wie Erwerbslose, Flüchtlinge oder Obdachlose selbst organisieren, um sich und ihre Probleme besser artikulieren zu können. Gruppen wie now_here wollen für solche Selbstorganisationen von Betroffenen Ansprechpartner sein und die unterschiedlichen Menschen in einer "Recht auf Stadt" - Bewegung zusammenführen.

Organisiert Euch selbst, lasst uns die Kämpfe vereinen, denn es ist unsere Stadt und eine andere ist möglich!

[now_here]

ICH WÜNSCHE MIR EINE STADT,
IN DER NIEMAND DISKRIMINIERT UND
AUSGESCHLOSSEN WIRD.
EINE STADT, IN DER VERSCHIEDENE
MEINUNGEN RESPEKTVOLL UND SOLI-
DARISCH MITEINANDER KONFRONTIERT
WERDEN UND DIE BESTE LÖSUNG FÜR
DAS GLEICHBERECHTIGTE MITEINANDER
ALLER GESUCHT WIRD.
[JULIANE NAGEL, MDL]



TRÜBE AUSSICHTEN. ASYL, RASSISTISCHE STIMMUNGSMACHE UND LOKALE FEHLENTSCHEIDUNGEN

Vom Großen...

Im Jahr 2014 erreichte die Zahl der Menschen, die aus ihren Herkunftsgebieten vertrieben wurden, einen negativen Spitzenwert seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Laut Hohem Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und Amnesty International waren im vergangenen Jahr weltweit 56,7 Millionen Menschen auf der Flucht.

Der überwiegende Teil der Menschen flieht innerhalb der Landesgrenzen und in die Nachbarstaaten. So waren beispielsweise bis April 2015 sechseinhalb Millionen Syrer_innen im Landesinneren auf der Flucht, weitere vier Millionen haben in den Anrainerstaaten Zuflucht gesucht. Nur ein kleiner Bruchteil der Betroffenen nimmt den gefährlichen Weg in Richtung der Europäischen Union auf sich. Die Bundesrepublik nahm 2014 knapp 40.000 Geflüchtete auf.

Vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen werden auch in Deutschland härtere Töne angeschlagen. Nicht nur Pegida und seine Ableger, die insbesondere in Sachsen seit einigen Monaten mit regelmäßigen „Spaziergängen“ Rassismus auf die Straße tragen, sondern auch die Regierungspolitik setzt auf Abschottung anstatt auf die humanitäre Pflicht, schutzsuchenden Menschen Zuflucht zu gewähren.

So wird im Sommer 2015 das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung den Deutschen Bundestag passieren. Damit wird die Inhaftierung von Geflüchteten zum Zwecke ihrer Abschiebung und ohne rechtmäßige Verurteilung erleichtert. Ein gesetzlicher Haftgrund soll zum Beispiel gegeben sein, wenn „erhebliche Geldbeträge für einen Schleuser“ bei unerlaubter Einreise aufgewandt wurden. Da es für Asylsuchende kaum legale Wege gibt, um nach Deutschland zu gelangen, sind viele von ihnen allerdings auf Fluchthelfer_innen angewiesen.

... zum Mittleren...

Vor allem aus Sachsen schallt dieser Tage der Ruf nach Verschärfung des sowieso ausgehöhlten Asylrechts. Sachsen war und ist vorn dabei, wenn es um die Forderung nach Erklärung vor allem der Westbalkanstaaten (Bosnien, Serbien, Mazedonien und neu: Kosovo, Montenegro und Albanien) zu „sicheren Herkunftsländern“ geht. Mit dieser Kategorisierung wird für die von dort fliehenden Menschen der Anspruch auf ein faires Asylverfahren konterkariert, sie haben Schnellverfahren und eine zügige

Abschiebung zu befürchten. Es ist zudem die sächsische CDU, die mit ihrem Positionspapier „Integration und Zuwanderung“ unter anderem die Abschaffung rechtsstaatlicher Garantien im Asylverfahren und stärkere Sanktionen gegen Asylsuchende fordert. Garniert werden diese politischen Weichenstellungen mit Aussagen wie „Der Islam gehört nicht zu Sachsen“ (Ministerpräsident Stanislaw Tillich) und der Forderung von AfD und CDU-Landtagsabgeordneten das RefugeeProtestCamp auf dem Dresdner Theaterplatz zu räumen.

Es ist kein Wunder, dass vor dem Hintergrund dieser politischen Debatte Diskriminierung und Gewalt gegen Migrant_innen wachsen. Besagtes Protestcamp wurde am zweiten Tag seiner Präsenz von Pegida-Anhänger_innen tätlich angegriffen. Seit die „Spaziergänge“ in Dresden und anderswo begonnen haben, hat die Zahl rassistischer Übergriffe laut der Opferberatung der RAA Sachsen akut zugenommen.

... ins Kleine...

Doch nicht nur der Ton sondern auch die Praxis machen die Musik. Die menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und gesellschaftliche Inklusion der zu uns kommenden Menschen bleibt dringliche Aufgabe. Die Realität zeigt andere Bilder: Sachsenweit werden Menschen in Turnhallen und leer geräumten Verwaltungsgebäuden untergebracht, wo sie unter oft unannehmbaren hygienischen Bedingungen und ohne Privatsphäre hausen müssen. Leipzig dagegen baut seine umstrittenste Massenunterkunft aus. Mit der Erweiterung von derzeit 300 auf 500

Plätze wird die Torgauer Straße 290 die größte Asylunterkunft in Sachsen sein. Auch die Lage am Stadtrand, im Gewerbegebiet widerspricht dem sich langsam durchsetzenden Weg, Geflüchtete in kleinen Unterkünften oder eigenen Wohnungen in den Stadtgebieten unterzubringen. Die Torgauer sollte schon längst geschlossen werden, marode Gebäude und ein akuter Kakerlaken-Befall machen das Leben dort zusätzlich zur Tortur.

Als Begründung für den Sinneswandel verwies auch die Stadt Leipzig auf die wachsenden Zahlen Asylsuchender in Leipzig. Wurden 2014 etwa 1200 Menschen nach Leipzig zugewiesen, wird sich die Zahl in diesem Jahr mutmaßlich verdoppeln. Doch auch wenn der Wohnungsmarkt enger wird, gibt es weiterhin ausreichend leer stehende Wohnungen, die sich als Quartiere für Asylsuchende eignen. Insbesondere die Wohnungsgenossenschaften verweisen auf einen Leerstand von mindestens 3000 nutzbaren Wohnungen. Mit einer klugen Liegenschaftspolitik, die nicht auf den Ausverkauf städtischen Eigentums orientiert, könnten zudem städtische, bezahlbare Wohn-Kapazitäten geschaffen werden. Nicht zuletzt gibt es die individuelle Bereitschaft, mit Geflüchteten auch in Wohngemeinschaften zusammenzuleben.

All diese Wege hat die Stadt Leipzig nicht beschritten und den Weg des geringsten Widerstands gewählt. Das ambitionierte und von zivilgesellschaftlichen Gruppen unterstützte Unterbringungskonzept von 2012, das explizit eine Abkehr von Massenunterkünften außerhalb des städtischen Lebens vorsah, wird damit unterlaufen.

Und schlimmer noch: Teilen der Initiativenlandschaft, die das Konzept seinerzeit gegen rassistische Stimmungsmache verteidigt haben, wurden harsch aus der Diskussion herauszuhalten versucht, obwohl sie innerhalb weniger Wochen oben genannte Alternativ-Ansätze zur Torgauer Straße auf den Tisch gelegt hatten. Ganz zu schweigen von der systematischen Nicht-Einbeziehung der Betroffenen selbst.

Unterm Strich bleibt viel zu tun. Die wachsenden Zahlen Asylsuchender werden auch weiterhin zur Entladung tief sitzender rassistischer Ressentiments und Einstellungen führen, sowohl auf der Straße als auch in den Institutionen. Die mangelhafte infrastrukturelle Vorbereitung auf die Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und anderen Notlagen zu uns flüchten, droht weiterhin hart errungene Standards für ein zumindest in Ansätzen gleichberechtigtes Leben zu unterminieren.

Es liegt in unseren Händen, überall und jederzeit dafür einzutreten, dass Geflüchtete nicht zu Menschen zweiter Klasse gemacht werden.

<http://www.willkommenimkiez.de/>

<http://www.menschenwuendig.org/>

[luna]

MENSCHLICHKEIT FÜR LEIPZIG:
GEGEN AUSGRENZUNG - FÜR EIN BUNTES
UND SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN
[TEAM HARDCORE-PUNK]



FREIRÄUME UNERWÜNSCHT? DIE WAGENPLÄTZE TRAILER MOON UND RHIZOMIA WOLLEN MEHR ALS ALTERNATIV WOHNEN

An die zehn Wagenplätze dürfte es in Leipzig inzwischen geben. Die Stadt duldet diese alternativen Wohnformen, die in Leipzig ganz verschiedene Modelle gewählt haben. Während einige Wagengruppen sich für den Kauf der Flächen entschieden haben, gibt es auch Pacht- und Mietmodelle. In der Demmering-/ Saalfelder Straße will die Stadt erstmals eine eigene Fläche für den Interims-Platz am Karl-Heine-Kanal zur Verfügung stellen.

Der Umgang der Stadt mit den Wagenplätzen kann als entspannt, aber planlos bezeichnet werden. Es mangelt an Engagement. Rechtssicherheit für diese Wohnform zu schaffen. Ein grundlegendes Problem ist, dass die Legalisierung von Wagenplätzen bauplanungs- und bauordnungsrechtlich schwierig bis unmöglich ist. Bauwagen seien keine "Wohnungen" im Sinne des Baurechts, da sie nicht

zum dauerhaften Wohnen geeignet sind. Das Wohnen in Wagen – so auch die Auffassung mehrerer Gerichte – sei rechtlich nicht als Nutzungsart vorgesehen.

Es stellt sich einerseits die Frage inwieweit die Kommune auch vor dem Hintergrund dieser übergeordneten Gesetze Spielräume hat, andererseits gibt es auch unter den verschiedenen Wagenplätzen keineswegs Einigkeit über den goldenen Weg.

Im Mai 2014 nahm die Gruppe Trailermoon Teile des Grundstücks Schulze-Delitzsch-Straße/ Bennsingsenstraße in Leipzig-Volkmarsdorf in Besitz. Ziel war und ist es, Teile der brach liegenden Fläche als Wagenplatz zu nutzen. Im Oktober folgte die Wagengruppe Rhizomia und ließ sich auf einem anderen Stück der Fläche nieder. Daraufhin erweiterten sich die Zielstellungen der neuen Bewohner_innen: "Wir wollen einen Stadtteilpark, an dem sich alle beteiligen können! Und wir wollen Teil dieses selbstverwalteten Stadtteilparks werden!", heißt es in einem Offenen Brief der beiden Kollektive aus dem November 2014.

Das in Rede stehende Grundstück befindet sich im Besitz der Deutschen Bahn. Seit geraumer Zeit ist ein Verkauf an die Stadt Leipzig geplant. Laut Stadtratsbeschluss soll die brachliegende Fläche im zentralen und östlichen Bereich zwischen Schulze-Delitzsch-Straße und Bennsingsenstraße als Ausgleichsmaßnahme der Deutschen Bahn AG im Rahmen des Projektes City-Tunnel umgesetzt werden. Geplant ist die Herrichtung einer „waldähnlichen Grünfläche“ aka „Stadtteilpark Volksmarsdorf“.

Nachdem die Deutsche Bahn als Grundstückseigentümerin im Herbst letzten Jahres auf die Beräumung der Fläche durch die Wagenburgen setzte, ist nun Ruhe eingekehrt. Ein Ende der Auseinandersetzung ist jedoch nicht zu erwarten.

Denn: Die Stadt Leipzig verweigert sich dem Kauf der Fläche mit den Wagenburgen. Das Wagenkollektiv „Rhizomia“ spricht im Folgenden über Motive und Perspektiven der Besetzung(en), TrILERmoon schließt sich vollumfänglich an.

Ihr habt im Mai bzw. Oktober Brachflächen im Leipziger Osten in Besitz genommen. Warum seid ihr nicht den konventionellen Weg von Miete oder Pacht von Flächen gegangen?

Wir hatten nicht vor, einen Platz zu mieten, zu pachten oder zu kaufen, da wir der Meinung sind, dass alle Menschen ein Recht auf einen für sie guten Lebensraum haben; unabhängig ihrer Zahlungsfähigkeit.

Alle sollten wohnen, wo sie möchten und wo Platz ist und nicht, wo sie wohnen sollen oder es bezahlen können. Die Aussage, dass nunmal alles im Leben etwas kostet, nehmen wir nicht an. Niemand von uns hat sich entschieden, in einem kapitalistischen System zu leben, in dem sogar aus Lebensraum Profit geschlagen wird.

Das heißt, niemand von uns hat sich dazu entschieden, dass Miete gezahlt werden muss, von der in der Regel unklar ist, wofür sie aufgewendet wird und die in vielen Fällen schlichtweg zur Bereicherung von Privatbesitzer_innen beiträgt. Wir möchten uns nicht in ein hierarchisches Lohnarbeitsverhältnis einordnen, uns Konkurrenz und Leistungsdruck aussetzen, um dann den „Lohn“ dafür in Dinge wie Miete zu „investieren“. Stattdessen stecken wir unsere Zeit, Lust, Energie und was uns sonst noch so zur Verfügung steht lieber in unsere kollektive Wohnform und in unkommerzielle Räume.

Wie lebt ihr und warum lasst ihr euch auf diese Grauzone ein?

Wir leben zusammen als solidarische Gemeinschaft. Uns verbindet zum einen eine freund_innenschaftliche vertraute Beziehung und zum anderen unsere Utopie vom Leben.

Wir versuchen Herrschaftsmechanismen innerhalb und außerhalb des Projektes zu erkennen, zu reflektieren, zu kritisieren und zu bekämpfen. Unsere Art zu leben verstehen wir nicht als Grauzone, sondern als Experiment unserer Utopie einer befreiten Gesellschaft näher zu kommen.

Warum, denkt ihr, wehren Stadt und DB eure Forderung nach einer kollektiven Gestaltung und Nutzung der Grundstücke ab?

Sowohl Stadt als auch DB scheuen sich davor, langfristige Entscheidungen zu treffen und ziehen sich damit immer wieder aus der Verantwortung. Unser Selbstverständnis als anarchistisch selbstverwaltetes Kollektiv steht wohl nicht im Einklang mit der parlamentarisch hierarchischen Stadtstruktur. Die profitorientierte Deutsche Bahn als kapitalistischer Konzern kann wohl auch die unkommerzielle Nutzung der Fläche nicht nachvollziehen. Zudem steht unser Bedürfnis, anonym zu bleiben, im Widerspruch mit ihrem bekannten Verfahren, personenbezogene Daten zu sammeln.

Wie weiter nach einer möglichen Räumung?

Derzeit gehen wir nicht davon aus, dass eine einfache Räumung möglich wäre. Sollte es jedoch soweit kommen, werden wir wohl angemessen darauf reagieren müssen.

Unser anfängliches Problem, keine geeignete Fläche für unsere Projekt- und Wohnräume zu haben, würde wieder bestehen und uns von Neuem dazu zwingen, uns etwas anzueignen.

Es bleibt schlussendlich festzuhalten: Die Stadt wächst und damit auch die Zahl der Menschen, die sich – aus verschiedenen Motiven und mit verschiedenen Zielstellungen – für ein Wohnen in Wagen entscheiden. Die Stadt Leipzig muss diesem Anspruch gerecht werden. Dies kann durch das Zur-Verfügung-Stellen von städtischen Flächen oder eine offensive Verhandlungsposition gegenüber privaten EigentümerInnen geschehen.

Dass die Wagenplätze auf einer brach liegenden Fläche, die von der Stadt Leipzig zu einem Park entwickelt werden soll, nicht erwünscht sind, leuchtet nicht ein. Eine erstrebenswerte Alternative könnte in der kollektiven Gestaltung der Fläche durch die Bewohner_innen des Kiezes inklusive der Wagenkollektive liegen. Die Fläche denjenigen, die sie gestalten wollen!

<http://rhizomia.noblogs.org/>

<http://trailermoon.blogspot.de/>

[luna]



GSO

GLOBAL SPACE ODYSSEY

PROGRAMM:

2015

WARM UP:



Wann:

10. Juli 2015,

20 Uhr

Wo: Distillery

Als Einstimmung auf den afrokaribischen Wagen zur Demo am Samstag, geht es am Freitagabend vor der GSO um Gentrifizierung im internationalen Kontext.

Edna Martinez wird bspw. über aktuelle Entwicklungen in Cartagena berichten. Bis vor kurzem quasi noch im kolonialen Tiefschlaf, erobern mittlerweile wahre Horden an Kreuzfahrt- und

Backpacker-Tourist_innen die hochwertig sanierte Altstadt an der kolumbianischen Karibikküste. Natürlich hat das auch Auswirkungen auf die alt eingesessenen Einwohner_innen und die sozialen Strukturen in Cartagena. Zudem wird es Infos über die Auswirkungen von Olympia und Fußball-WM in Brasilien geben. Von der Militärpolizei „befriedete“

Favelas in Rio den Janeiro wandeln sich gerade in begehrte Immobilien – selbst David Beckham hat bereits zugeschlagen. Neben Kurzfilmen und Vorträgen gibt es an dem Abend ein African & Latin American BBQ und Tischtennis. Ab 22.30 Uhr heißt es dann auf zwei Floors „Lapachange meets Mad Again!“.

Wann:

11. Juli 2015,
ab ca. 13 Uhr

Wo:

LENE-VOIGT-PARK
DRESDNER STRASSE

INNENSTADT

JAHNALLEE

LINDENAUER MARKT

FELSENKELLER

KÄTHE-KOLLWITZ-STRASSE

DEMONSTRATION:

WAGEN:

Boundless Beatz & Fat Bemme
(Drum & Bass / Deep / Neurofunk)

exLEpäng!
(Elektronisch Wild)

Keine Halben Sachen
(Techno / TechHouse)

Mad Again! & Carribean Nice Up!
& Teambirnenpfeffi
(Afro / Latin-Caribbean)

Mottt.FM
(Techno / House)

Native Vibes
(Drum & Bass / Dubwise /
Raggajungle)

OMS Crew
(Hardcore)

Plug Dub
(Roots / Dub / Steppas / Dubstep)

Spitainment
(Rap / Instrumental / Funk)

Traumfahrrergilde
(Goa / Progressive Trance)

Ulan Bator & Downtownlyrics
(Jungle / Drum & Bass / Ragga
Jungle / Dubstep / Dub / Hip Hop)

The background of the entire page is a photograph of a city street. In the foreground, a crowd of people is visible, some wearing green shirts. In the background, there is a multi-story building with many windows. The image is partially obscured by dark green text boxes.

AUSKLANG:

ICH MÖCHTE EINE STADT, DIE
PROBLEME NICHT IGNORIERT
UND ALLEN MENSCHEN RAUM
GIBT, RASSISMUS DEN PLATZ
NIMMT UND NICHT ALLES DEM
KAPITAL UNTERORDNET.
[JÜRGEN KASEK, VOR-
SITZENDER GRÜNE SACHSEN]

Wann:

**11. Juli 2015,
ab ca. 17 Uhr**

Wo: Richard-Wagner-Hain

Nachdem die rund 10 Kilometer lange Demonstration quer durch Leipzig vermutlich gut in die Beine gegangen ist, lädt der Richard-Wagner-Hain zum Herumlungern und Diskutieren ein. Kopf- statt Beinarbeit sozusagen. Auf dem Hain werden sich verschiedene Initiativen mit Informationsständen rund um das diesjährige

Thema der GSO präsentieren und dazu einladen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Für die jüngsten GSO-Gäste wird es einen Kiddiespace geben. Etwas Musik wird auch zu hören sein, aber strictly ohne Bass und Rums. Also Hackiesack, Holahoop-Reifen und Sonnencreme nicht vergessen!

Wann:

11. Juli 2015,

ab 23.00 Uhr

Wieviel: bis 0 Uhr 5€, danach 8€

ELIPAMANOKE - 3 FLOORS (GOA, BREAKCORE, TECHNO, DUBSTEP)

DISTILLERY - 2 FLOORS (HOUSE, DRUM & BASS)

4ROOMS - 2 FLOORS

(RAGGA-JUNGLE, BASSMUSIC, SKA, ELECTROSALSA, BOOJALOO.

LATINSWING, CUMBIAG)

*Die Einnahmen der Aftershows dienen der Refinanzierung der Ausgaben für die Demo-Wagen, für Plakate und den Druck dieses Heftes.

AFTERSHOW:



LEIPZIG BEDEUTET FÜR UNS, JEDER HAT
IMMER DIE MÖGLICHKEIT ZUR TEILHABE
UND MITSPRACHE. UNSER MOTTO 2015
LAUTET: "HELPERN IST DAS NEUE LIKEN!"
[HELDEN WIDER WILLLEN E.V. IM HAL
ATELIERHAUS HILDEGARDSTRASSE 49/51]



GLOBAL SPACE ODYSSEY 2015

GLOBAL SPACE ODYSSEY

2015

2015

DAS ZIEL MUSS SEIN, EINEN STÄDTISCHEN RAUM ZU SCHAFFEN, DER NICHT MEHR VON TRENNUNGSLINIEN DURCHZOGEN IST, SONDERN FÜR ALLE ZUGÄNGLICH IST UND DURCH ALLE GESTALTET WERDEN KANN. [S.B.]

GLOBAL SPACE ODYSSEY 2015

GLOBAL SPACE ODYSSEY 2015

HERAUSGEBER:

Global Space Odyssey e.V.
Bautzmanstr. 19
04315 Leipzig, Deutschland

REDAKT. MITARBEIT:

Siehe jeweiligen Artikel.

DESIGN UND LAYOUT:

Dominique Kirsch

INTERNET:

<http://www.gso-le.de>
<https://www.facebook.com/gso.leipzig>

EMAIL:

gso-leipzig@gmx.de



ÖFFENTLICHES
DEMOPLAKATE-BASTELN
AM 4. JULI 2015
BEIM WESTBESUCH
(GSO-STAND AM WESTWERK)

